Absender\*in:

Ort und Datum:

Sehr geehrter Herr Minister

Minister of Interior

Syed Mohsin Raza Naqvi

4th Floor, R Block, Pak Secretariat

Constitution Ave, G-5/1

Islamabad

Pakistan

**Am 30. Juni 2025 laufen die vom UN-Hochkommissar (UNHCR) ausgestellten POR-Karten von mehr als 1,4 Millionen Afghan\*innen in Pakistan aus**. Diese Karten dienen dem Nachweis ihrer Registrierung. Die pakistanischen Behörden müssen die POR-Karten verlängern, um sicherzustellen, dass die 1,4 Millionen Inhaber\*innen nicht von den Behörden schikaniert, willkürlich inhaftiert und abgeschoben werden. Bei einer erzwungenen Rückkehr nach Afghanistan drohen ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen wie aussergerichtliche Hinrichtungen und Folter sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie geschlechts-spezifische Verfolgung. Bei einer Abschiebung nach Afghanistan würden insbesondere gefährdeten Gruppen wie Journalist\*innen, Menschenrechtler\*innen, Aktivist\*innen, Künstler\*innen und ehemaligen Regierungsbediensteten Verfolgung und Repression durch die Taliban drohen. Während Frauen und Mädchen bei einer erzwungenen Rückkehr um ihre Bildung, Arbeit und Teilhabe am öffentlichen Leben gebracht würden, wären viele Afghan\*innen auch mit der Trennung von ihren Familien, dem Verlust des Lebensunterhalts und Obdachlosigkeit konfrontiert.

**Hiermit fordere ich Sie auf, die Gültigkeit der POR-Karten unverzüglich zu verlängern, den «Illegal Foreigners' Repatriation Plan» offiziell zurückzunehmen und alle Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen.**

**Ausserdem fordere ich Sie auf, dem scharfen Vorgehen gegen Afghan\*innen in Pakistan unverzüglich ein Ende zu setzen.**

Hochachtungsvoll,

**Kopie:**

Botschaft von Pakistan, Bernastrasse 47, 3005 Bern / Fax: 031 350 17 99 / E-Mail: parepbern@gmail.com

Absender\*in:

Ort und Datum:

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

Giorgi Gvaradkidze

Prosecutor General of Georgia

24 Gorgasali Street

0134 Tbilisi

Georgia

**Ich bin in grosser Sorge um Saba Skhvitaridze, der seit seiner Festnahme im Dezember 2024 in Untersuchungshaft sitzt.**

Saba Skhvitaridze wurde am 5. Dezember 2024 festgenommen, nachdem er an einer Versammlung der Opposition teilgenommen hatte.

Saba Skhvitaridze gab an, im Gewahrsam mit Vergewaltigung bedroht und gezwungen worden zu sein, ein **«**Geständnis**»** zu unterschreiben, in dem stand, dass er einen Polizisten angegriffen habe. Als er sich weigerte, wurde er von vermummten Sicherheitskräften brutal verprügelt Im Anschluss verhöhnten ihn die Polizist\*innen und ignorierten seine Bitten um einen Rechtsbeistand und medizinische Versorgung, trotz seiner Verletzungen.

Am nächsten Tag erschien Saba Skhvitaridze mit sichtbaren Verletzungen zu seiner Vorverhandlung. Die Staatsanwaltschaft ordnete jedoch keine Untersuchung der von ihm erhobenen Folter- und Misshandlungsvorwürfe an. Erst Tage später, als eine unabhängige medizinische Untersuchung bestätigte, dass seine Verletzungen auf Folter zurückzuführen waren, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Nichtsdestotrotz ordnete das Gericht seine Untersuchungshaft an, ohne die Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit der Entscheidung angemessen zu begründen.

**Leiten Sie bitte unverzüglich eine unabhängige, unparteiische und zielführende Untersuchung der von Saba Skhvitaridze erhobenen Foltervorwürfe ein und sorgen Sie dafür, dass alle Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.**

**Sorgen Sie zudem dafür, dass der Aktivist in Übereinstimmung mit den internationalen Standards für faire Verfahren vor Gericht gestellt wird.**

**Stellen Sie dringend sicher, dass infolge von Folter oder Misshandlung erlangte Aussagen oder anderweitige «Beweismittel» nicht vor Gericht zugelassen werden, ausser in Verfahren gegen die mutmasslichen Täter\*innen.**

Hochachtungsvoll,

**Kopie:**

Botschaft von Georgien, Seftigenstrasse 7, 3007 Bern / Fax: 031 351 58 62 / E-Mail: bern.emb@mfa.gov.ge